

Der Oberstaatsanwalt
in Wuppertal.

Wuppertal, den 2. September 1949.

5 Ks. 1/48

Eingegangen am 5.9.1949
gez. Köhler, Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des LG.

REVISIONSBEGRIFF

Revisionsbegründung.

Gerügt wird die Verletzung materiellen
Rechts.

I. Die Angeklagten Bach, Baecker und Nothen gehörten dem Nachrichtendienst der SA, an und der Angeklagte Brieden war Angehöriger des Nachrichten = dienstes der NSDAP. Nach der sogenannten Macht = übernahme wurde der Nachrichtendienst zur Fest = nahme, Durchsuchungen und Vernehmungen von poli = tischen Gegnern herangezogen. Der Angeklagte Bach erhielt seine Befehle von dem SA - Obersturmbann = führer Pfeiffer, welcher nach der Machtübernahme als Verbindungsmann zur Polizei getreten war. Die im Jahre 1933 in Hilden und Umgebung von Angehörigen des Nachrichtendienstes der SA und der Partei durch = geführten Festnahmen von politischen Gegnern des Nazi = regimes wurden mit Zustimmung und Unterstützung des Landrats des Landkreises Düsseldorf - Mettmann und der untergeordneten Polizeiorgane vorgenommen. Die Angeklagten Bach, Baecker, Nothen und Brieden wurden nach den getroffenen Feststellungen mit Zustimmung der zuständigen staatlichen Stelle, zum Teil in den Diensträumen der Polizei als Ermitt = lungsorgane tätig und waren demnach zur Ausübung öffentlich - rechtlicher Funktionen durch ausdrück = lichen oder stillschweigenden öffentlich - recht = lichen Akt berufen worden. Sie müssen deshalb nach feststehender Rechtsprechung als Beamte im strafrechtlichen Sinn angesehen werden. (RGSt. 74, 105; 75, 396). Dabei ist es für die recht = liche Beurteilung unerheblich, ob die Angeklagten ihre

ihre Aufträge und Befehle unmittelbar von einer staatl. Verwaltungsstelle oder von ihrer vorge = setzten SA - Dienststelle erhalten haben und ob die staatl. Verwaltungsstelle nur widerwillig ihre Zustimmung gegeben hat. Entscheidend ist lediglich, dass die zuständige staatl. Stelle die Übertragung der staatlichen Funktionen anerkannt und den über = tragenen Dienstvorrichtungen damit staatl. Autorität verliehen hat (RGStr. 7, 213). Auch die Angeklagten Baecker und Nothen haben als Sturmmelder teilweise unter eigener Verantwortlichkeit Festnahmen und Vernehmungen nach den getroffenen Feststellungen vorgenommen. Es ist deshalb kein innerer Grund ersichtlich, weshalb diese Angeklagten und auch die Angeklagten Bach und Brieden nicht zum Schutz der Allgemeinheit die erhöhte strafrechtliche Verantwortung der Beamten treffen sollte. Das Schwurgericht hätte diese Angeklagten auch wegen Verbrechens bezw. Vergehens gegen §§. 340, 343 StGB. bestrafen müssen.

II.

Zu Unrecht nimmt das Schwurgericht an, dass die Angeklagten Thiele und Kroh durch die Misshandlung des Kaufmanns Frauenhoff (Fall 9) sich nicht eines Verbrechens gegen die Mensch = lichkeit schuldig gemacht haben. Jedenfalls sind die Ausführungen im Urteil nicht geeignet, diese Annahme zu begründen. Das Schwurgericht verkennt, dass nach der ständigen Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone das Verbrechen gegen die Menschlichkeit kein bestimmtes Motiv fordert. Auch der persönlichen Motiven entsprungene Angriff eines Einzelnen gegen ein einzelnes Opfer ist als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzu = sehen, wenn es deutlich erkennbar mit der nat. soz. Willkürherrschaft zusammenhängt (OGH. f. d. Brit. Zone StS 109/48). Entscheidend ist also, ob die Tat im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft steht und durch sie Menschen

so geschädigt werden, dass die Menschenwürde verletzt und die Menschheit als solche berührt wird.

In dem Urteil wird festgestellt, dass der Zeuge Frauenhoff sich 1933 weigerte, in die SA einzutreten und hierbei beleidigende Äußerungen gegen den Ortsgruppenleiter Thiele und den SA - Sturmführer Buchbinder aussprach, dass er darauf von SA - Leuten festgenommen und in dem Sitzungssaal des Rathauses gebracht und dort von den Angeklagten Thiele und Kroh, dem SA - Sturmführer Buchbinder und anderen nicht ermittelten SA - Angehörigen misshandelt wurde, nachdem ihm vorgehalten worden war, abfällige Äußerungen über die NSDAP getan zu haben. Diese Feststellungen zeigen eindeutig, dass das Vorgehen gegen Frauenhoff über eine persönliche Vergeltungshandlung weit hinausging und von den Angeklagten Thiele und Kroh, der ebenso wie die übrigen nicht ermittelten SA - Angehörigen an den gegen Thiele und Buchbinder ausgesprochenen beleidigenden Äußerungen kein persönliches Interesse haben konnte, gegen Frauenhoff durchgeführt wurde, weil er sich geweigert hatte, in die SA einzutreten und sich durch seine abfälligen Äußerungen als Gegner der NSDAP und ihrer führenden Funktionäre zu erkennen gegeben hatte.

Die von dem Schwurgericht aus seinen Feststellungen getroffene Schlussfolgerung ist somit unrichtig. Die Angeklagten Thiele und Kroh haben sich keineswegs entscheidend von dem Gedanken leiten lassen, eine politisch veranlasste Beleidigung zu vergelten, sondern sie haben durch die Misshandlungen des Kaufmanns Frauenhoff einen politischen Gegner des von ihnen vertretenen Systems treffen wollen und sich deshalb auch eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht.

Die

III.

Die Einstellung des Verfahrens gegen den Angeklagten Schmachtenberg ist nicht gerecht = fertig. In den Fällen Berger und Windhäuser (Fall 13 und 14 des Urteils Bl. 1710 und 1712 d.A.) kommt das Schwurgericht aufgrund der getroffenen Feststellungen zu Unrecht zu dem Ergebnis, dass sich der Angeklagte Schmachtenberg lediglich an Wahlkampfezessen beteiligt und sich deshalb keines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht habe. Nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Brit. Zone (Urteil StG 26/48) wird die Menschlichkeit nicht berührt, wenn sich die Tat mit ihren Folgen als blosser Exzess von unbedeutender Tragweite darstellt, wie es in politischer Erregung überall vorkommen kann. Der Angeklagte Schmachtenberg hat sich im Falle Berger an der Misshandlung eines politischen Gegners, der ihm als wehrloser Polizeigefangener ausgeliefert war, beteiligt. Im Falle Windhäuser hat der Angeklagte Schmachtenberg gemeinschaftlich mit anderen nicht ermittelten SS - Leuten einen Plakatkleber, der die Täter in keiner Weise herausgefordert hatte, erheblich misshandelt. Beide Handlungen können bei richtiger Würdigung der getroffenen Feststellungen nicht als blosse Exzesse von unbedeutender Tragweite angesehen werden. Schmachtenberg musste in beiden Fällen wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit begangen mit gemeinschaftlicher Körperverletzung bestraft werden.

IV.

Der Angeklagte Wimmershoff war nach den getroffenen Feststellungen seit Juli 1933 Sanitätsführer und stellv. Sonderkommissar für innere Angelegenheiten der SA. bei dem SA.-Stab, der in der Villa "Koburg" untergebracht war. Er verrichtete nicht nur seine Dienstobliegenheiten in den Diensträumen der Villa "Koburg", sondern er wohnte in dieser Zeit auch in dieser Villa.

Er hielt sich also in der Zeit (August und September 1933), in der die festgestellten Misshandlungen an politischen Gegnern von SA-Leuten in der Hauptsache nachts in der Villa "Koburg" begangen wurden, auch nachts in dieser Villa auf, wenn er nicht zufälligerweise verreist war. Er befand sich also am Tatort bzw. in seiner unmittelbaren Nähe.

Bei dieser Sachlage hätte das Schwurgericht prüfen müssen, ob der Angeklagte Mittäter eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit bereits dadurch geworden ist, dass er, ohne selbst Hand anzulegen, zeitweilig am Tatort zugegen gewesen ist, die Tat als eigene wollte und die unmittelbaren Täter günstig unterstützte (Urteil OGB.f.d.Brit.Zone StG.18/48). Das Schwurgericht hat sich darauf beschränkt, zu prüfen, ob der Angeklagte Wimmershoff sich an der Misshandlung des Arbeiters Schmitt (Fall 43; Bl. 1742 d.A.) beteiligt hat. Es vertritt jedoch hinsichtlich der verurteilten Angeklagten die zutreffende Ansicht, dass das gesamte in den einzelnen Fällen geschilderte und festgestellte Verhalten in Bezug auf jeden einzelnen keine Mehrheit einzelner Straftaten, sondern eine Handlungseinheit darstellt. Dies trifft ohne Zweifel auch hinsichtlich des Angeklagten Wimmershoff zu. Bei einem als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beurteilenden Gesamthergang ist aber das Gericht verpflichtet, alle Teilvorgänge zu würdigen, die als Beitrag zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Betracht kommen. Das gilt auch, wenn die Anklageschrift nur einige Teilvorgänge enthält. Nachtragsanklage ist in diesem Falle nicht zu erheben. Nur § 265 StPO. ist zu beachten (so OGH.f.d.Brit.Zone StG 129/48; 143/48).

Der Angeklagte Wimmershoff ist in der Hauptverhandlung daraufhingewiesen worden, dass die Anklagebehörde ausser den Fall Schmitt auch sonstige

Vorgänge

Vorgänge zur Beurteilung der Frage, ob ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliege, heranziehe (Bl.181 der Verhandlungsniederschrift). Das Schwurgericht durfte sich deshalb nicht darauf beschränken, zu prüfen, ob der Angeklagte sich an der Misshandlung des Arbeiters Schmitt beteiligt hat. Es hat festgestellt, dass der Angeklagte Wimmershoff in der fraglichen Zeit (Aug.u.Sept. 1933) Kenntnis von den Misshandlungen an politischen Gefangenen in der Villa " Koburg " erlangt hat, dass er einen der Misshandelten, den Zeugen Mantzeck (Fall 42a; EL; Bl.1736^r d.A.) geholfen und für seine Entlassung gesorgt hat. Der Zeuge Mantzeck hat allerdings auch bekundet, aus welchem Grunde ihm der Angeklagte Wimmershoff geholfen hat und zwar weil Mantzeck der Sohn eines früheren Geschäftsfreundes des Angeklagten Wimmershoff ist. Das Schwurgericht hätte prüfen müssen, ob der Angeklagte Wimmershoff nicht allein von dem Zeugen Mantzeck, sondern auch auf andere Weise Kenntnis von den durch die SA in der Villa " Koburg " den politischen Gefangenen zugefügten Misshandlungen bekommen hat. Der Zeuge Polizeiwachtmeister Schäfer, den das Schwurgericht unter Verletzung des § 59 StPO. mit der unzulässigen Begründung, dass es aus einer eidlichen Aussage keine Folgerungen ziehen würde, unbeeidet gelassen hat. (vergl. S.144 Verhandlungsniederschrift Bl.1647^r d.A.), hat bekundet, dass sich der Angeklagte Wimmershoff noch während der Hauptverhandlung in einer Verhandlungspause gerührt hat, den Bestattungsort der Leiche des in der Villa " Koburg " durch SA - Leute zu Tode gefolterten Arbeiters Schmitt zu kennen.

Der Zeuge Denne, Angehöriger der SA - Wache in der Villa " Koburg ", hat ausgesagt, dass er nachts 50 m von der Villa entfernt noch die Hilfeschreie des misshandelten Arbeiters Schmitt gehört hat

hat. Der Zeuge Adolf, der als Schreiber bei dem SA - Stab das Dienstzimmer mit Wimmershoff teilte, hat bekundet, dass er am Tage in der Villa "Koburg" solche entsetzlichen Schreie eines gefolterten Gefangenen gehört hat, dass er sich übergeben musste. Bei dieser Sachlage hätte das Schwurgericht prüfen müssen, ob der Angeklagte Wimmershoff durch seinen Aufenthalt am Tatort nicht in einem Masse Kenntnis von den in der Villa "Koburg" an Gefangenen vorgenommen systematischen Folterungen und Misshandlungen erlangt hat, dass er in seiner gehobenen Dienststellung verpflichtet war, diese Folterungen zu unterbinden. Der Angeklagte Wimmershoff war nicht nur Sanitätsführer, sondern auch stellv. Sonderkommissar und insoweit Stellvertreter des Standartenführers. Ihm unterstanden die internen Angelegenheiten der SA. und damit auch die Disziplinarsachen. Wie stark seine Befehlsgewalt und sein Einfluss gewesen ist, beweist die Tatsache, dass er die Entlassung des Festgenommenen Mantzeck veranlassen konnte. Das Schwurgericht hätte deshalb prüfen müssen, ob nicht für den Angeklagten Wimmershoff als SA - Führer in verantwortlicher Dienststellung eine Rechtspflicht bestand, die mit seiner Kenntnis und Duldung von untergeordneten SA - Leuten vorgenommenen Misshandlungen zu verhindern. Denn nach der Rechtsprechung des OGH.f. d.Brit.Zone kann, wenn eine Verhinderung von Misshandlungen Festgenommener möglich ist, auch die pflichtwidrige Unterlassung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein (OGH.f.d.Brit.Zone StS. 143/48).

Es wird beantragt,

1.) hinsichtlich der Angeklagten Thiele, Kroh, Schmachtenberg und Wimmershoff das angefochtene Urteil mit den ihm zu Grunde liegenden tatsächlichen Feststellungen aufzuheben,

- 2.) hinsichtlich der Angeklagten Bach, Baecker, Nothen und Brieden das angefochtene Urteil unter Aufrechterhaltung der tatsächlichen Feststellungen im Schuld - und Strafausspruch aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückzuweisen.

gez.: Schmitz.



Beglaubigt

Niedgens

Justizobersekretär